

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 60 (1973)
Heft: 3

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

- Herr Lehrer, warum haben wir kein Zeichnen und kein Singen mehr?
- Liebes Mammi, warum muß ich mehr Hausaufgaben machen als der Lehrer von mir verlangt?
- Ich will ja gar nicht in die Sekundarschule. Ich weiß, daß ich zu dumm bin. Warum muß ich mich trotzdem auf die Prüfung vorbereiten?
- Ist Lernen und Prüfungen-Machen das gleiche?

Ja, die Lehrer und die Eltern sind in dieser Situation nicht zu beneiden. Man macht es ihnen schwer, und sie machen mit, damit es das Kind noch schwerer hat.

Lassen wir unsere Kinder leben mit Kopf, Herz und Hand! In dieser Zeit zeigt es sich, ob Du Informator oder auch Erzieher bist. Nimm das Kind, so wie es ist, und nicht so, wie Du es haben möchtest.

Max Feigenwinter

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für Lehrerfortbildung der deutschsprachigen Schweiz

Unter Vorsitz von Dr. Arnold Bangerter (SO) trafen sich am 9. Januar die Vertreter verschiedener Lehrerfortbildungsorganisationen zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für Lehrerfortbildung in der deutschsprachigen Schweiz. Die Versammlung genehmigte das vorgelegte Statut und wählte zu ihrem ersten Präsidenten Oswald Merkli (AG). In den Vorstand wurden ferner delegiert: Ferdinand Guntern (SZ), Dr. Jürg Kielholz (ZH) und Walter Weibel (LU). Der KOSLO (Konferenz Schweizerischer Lehrerorganisationen) wurden drei Vertreter im Vorstand zugebilligt, deren Namen jedoch noch nicht definitiv bekannt sind.

CH: Zu wenig Plätze für Medizinstudenten

Die Voranmeldung für angehende Medizinstudenten an den schweizerischen Universitäten hat sich nach Ansicht der Initianten, der Kommission für medizinische Fragen der Hochschulkonferenz (CEPREM), bisher bewährt. Schwierigkeiten ergeben sich allerdings überall dort, wo die Empfehlung nicht befolgt wurde. In einem Brief an die zuständigen kantonalen Departemente und Universitätsbehörden, der soeben in der «Schweizerischen Ärztezeitung» veröffentlicht wurde, hat die CEPREM deshalb bereits im vergangenen Herbst die Einführung der obligatorischen Voranmeldung für Bewerber der Humanmedizin, der Zahnheilkunde und der Veterinärmedizin gefordert. Zugleich sollen ihrer Ansicht nach die Immatrikulationstermine aller Universitäten vereinheitlicht werden.

Noch bis zum Herbst 1972 gelang es jeweilen, allen rechtzeitig angemeldeten Anwärtern einen Platz zu verschaffen, wenn auch nicht immer an

der Hochschule ihrer Wahl. Bei Beginn des Studienjahres 1972/73 jedoch mußten bereits einige Nachzügler zurückgewiesen werden, und die Medizinische Fakultät Zürich mußte nicht weniger als 150 nichtangemeldete Studenten zusätzlich unterbringen. Die CEPREM erwartet ein Anhalten dieses Zuwachses auch im nächsten Jahr. Auf gesamtschweizerischer Ebene schwebt ihr ein eigentlicher Pool der Studienplätze vor, wie ihn die der «Conférence universitaire romande» angeschlossenen Universitäten bereits verwirklicht haben. Sie ist sich bei alledem allerdings klar darüber, daß das Problem der Zulassungsbeschränkungen zum Medizinstudium mit der Voranmeldung allein nicht bewältigt, sondern nur in seinen Auswirkungen gemildert werden kann.

CH: In 15 Jahren 30 neue Maturitätsschulen

1957 gab es in der Schweiz 42 anerkannte Maturitätsschulen. Seither wurden vom Bund 30 weitere anerkannt. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Kandidaten der eidgenössischen Maturitätsprüfung von 700 auf über 2000 pro Jahr.

Wenn dieser Zuwachs an Schulen und Kandidaten so bewältigt werden konnte, daß die vom eidgenössischen Departement des Innern verfügte Anerkennung ein Qualitätssiegel blieb, und wenn die Prüfungen weiterhin menschlich und sachgerecht durchgeführt werden konnten, so sei dies weitgehend das Verdienst des auf Ende 1972 als Präsident der eidgenössischen Maturitätskommission zurückgetretenen Prof. Dr. Bernhard Wyss, Basel. Dies schreibt Bundesrat Hans Peter Tschudi im Mitteilungsblatt der schweizerischen wissenschaftlichen Instanzen, der «Wissenschaftspolitik». Dadurch, daß Prof. Wyss, der die Maturitätskommission seit 1957 präsidierte, von den Re-

formern vorerst hieb- und stichfeste Leistungen verlangte, bevor er sich ihre Gedanken zu eigen machte, habe er unsere Mittelschulen vor einer Unrast bewahrt, welche jeden pädagogischen Erfolg in Frage gestellt hätte.

Zum Rücktritt von Prof. Dr. Karl Schmid, Zürich, als Präsident des Schweizerischen Wissenschaftsrates, führt der Vorsteher des eidgenössischen Departements des Innern aus, Prof. Schmid habe einen wesentlichen Beitrag zur Klärung der Zukunftsprobleme unserer akademischen Einrichtungen geleistet. Auch auf dem Gebiet der Forschungspolitik seien in der Präsidentschaft von Prof. Dr. Karl Schmid, die im November 1969 begann, bedeutende Fortschritte erzielt worden. Wenn der Wissenschaftsrat heute allgemein großes Ansehen genieße, so komme dem scheidenden Präsidenten ein besonderes Verdienst zu.

CH: Nein-Parole der Republikaner

Der Zentralvorstand der republikanischen Bewegung hat die Nein-Parole zur Verankerung des «Rechtes auf Bildung» in der Bundesverfassung ausgegeben. Unter dem «Vorwand», der Jugend bessere Bildungschancen einzuräumen, würden in Wahrheit die Schulstrukturen, die bisher Zeugnis für einen lebendigen (!) Föderalismus gewesen seien, zugunsten einer nivellierenden Gleichschaltung zerstört. Ein solches Versprechen führe unweigerlich zur Entstehung eines intellektuellen Proletariates und werde die Jugend zu einem späteren Zeitpunkt um so mehr enttäuschen, sobald sie die Unmöglichkeit der Verwirklichung erkenne. Überdies werde das Recht auf Bildung Milliardensummen verschlingen, ein Umstand, der sich mit den derzeitigen Bemühungen um Einsparungen im Staatshaushalt nicht vereinbaren lasse (Volksabstimmung am 4. März).

CH: Gemeinsame Lehrerfortbildung in der Ostschweiz

Die Kantone Thurgau, Schaffhausen, Glarus und Appenzell Außerrhoden arbeiten in der Lehrerfortbildung zusammen. Sie haben für 1973 ein gemeinsames Kursprogramm für Lehrkräfte der Volksschulstufe bis zum neunten Schuljahr zusammengestellt.

Mit diesen Kursen, die auf freiwilliger Basis vornehmlich während der Schulferien stattfinden, wird in diesen Kantonen eines der Postulate des Schulkonkordates erfüllt. Ebenfalls gemeinsam führen auch St. Gallen, Appenzell Innerrhoden und das Fürstentum Liechtenstein die Lehrerfortbildung durch, wobei das Ausbildungskader zum Teil in beiden ostschweizerischen Lehrerfortbildungsgruppen das gleiche ist.

ZH: Umfrage über den Sexualunterricht

Zurzeit führt das Pädagogische Institut der Universität Zürich eine Umfrage bei den Volksschul-

lehrern der deutschen Schweiz durch mit dem Ziel, Informationen über die momentane Situation im Bereich der Sexualerziehung zu erhalten. Neben Fragen nach den sexualpädagogischen Praktiken und Methoden möchten die Projektleiter die Anliegen, Schwierigkeiten und Ausbildungswünsche der Lehrer erfahren. Somit will die Umfrage auf der Basis wirklicher Bedürfnisse der Lehrer für ihre sexualpädagogische Tätigkeit einen Beitrag zur gezielten Planung der Lehreraus- und -weiterbildung leisten.

ZH: Auch Zürich hat seine Sorgen mit den Lehrerbesoldungen

Die Einhaltung des Zürcher Lehrerbesoldungsgesetzes durch die Gemeinden stößt auf zunehmende Schwierigkeiten, da beim herrschenden Lehrermangel die Gemeinden bestrebt sind, den Lehrern möglichst günstige Verhältnisse zu bieten. Da indes die Gemeindezulage gesetzlich begrenzt ist, um zu verhindern, daß finanzstarke Gemeinden damit ihre Lehrstellen besonders attraktiv gestalten und die Lehrer den finanzschwachen Gemeinden abwerben, wird durch Zuweisung von Lehrerwohnungen und Anrechnung von zusätzlich honorierten Wochenstunden versucht, einzelne Lehrstellen attraktiv zu gestalten. Im Zusammenhang mit einer entsprechenden Kleinen Anfrage stellt der Regierungsrat fest, daß die geltenden Bestimmungen in diesen Punkten heute unbefriedigend und nicht mehr zeitgemäß sind. Der Regierungsrat hat im August 1972 eine gemischte Kommission eingesetzt, die den gesamten Fragenkomplex bearbeitet und in absehbarer Zeit Vorschläge für eine Neuregelung unterbreiten wird, welche den Verhältnissen besser gerecht werden soll.

ZH: Kindergärtner

Im Berufsleben gibt es heute fast keine Domänen mehr, die nur noch von Männern behauptet werden. Umgekehrt existieren aber noch ausgesprochene Frauenberufe, wofür ein Mann nicht das geringste Interesse an den Tag legt. In der Limmatmetropole Zürich ist nun ein Vorstoß unternommen worden, um im Kindergärtnerinnenseminar künftig auch Jünglingen eine Ausbildung als Kindergärtner zu ermöglichen, was konsequenterweise auch zur Zulassung von Knaben an der Diplommittelschule Riesbach führen müßte. Im Gemeinderat der Stadt Zürich liegt neuerdings ein von einer Gemeinderätin eingereichtes Postulat vor, das zum Ziele hat, künftig auch Jünglingen den Weg zum Kindergärtner freizumachen, und zwar im Sinne gleicher Chancen für Mädchen und Knaben.

UR: Uri sucht Lehrer auf dem «zweiten Bildungsweg»

Der Lehrermangel macht sich auch in Uri immer

mehr bemerkbar. Da und dort ziehen sich die Ordensschwwestern zurück – auch bei ihnen wirkt sich der Nachwuchsmangel aus – andererseits erfordern die größeren Jahrgänge, die erhöhten Pflichtschuljahre und die neuen Schultypen mehr Lehrkräfte.

Um dem beängstigenden Lehrermangel Herr zu werden, haben sich die Urkantone mit einem Lehramtskurs für Berufsleute beschäftigt, wie er in anderen Kantonen bereits seit Jahren mit Erfolg praktiziert wird. Für Uri und Schwyz bestände nun die Möglichkeit im Lehrerseminar Rickenbach, wobei man drei Varianten studiert hat:

1. Bei genügend Anmeldungen würde man in Rickenbach SZ einen eigenen Kurs führen. 2. Bei geringem Interesse könnte man die Kandidaten an Luzern weiterleiten. 3. Eventuell wäre auch eine Eingliederung in die 3. Kurse von Rickenbach und Altdorf möglich.

Vorerst sollen nun in einer provisorischen Kursausschreibung Interesse und Bedürfnis abgeklärt werden. Von einiger Bedeutung werden auch die finanziellen Folgen sein, die zurzeit berechnet werden.

SZ: Schulbeginn-Entscheid am 4. März?

Die Schwyzer Regierung hat beschlossen, in bezug auf den umstrittenen Frühjahrs- oder Herbstschulbeginn rasch einen Entscheid herbeizuführen. Bereits in der Januarsession soll sich der Kantonsrat mit der im Dezember letzten Jahres zustande gekommenen Volksinitiative für die Beibehaltung des Frühlingsschulbeginns und einer regierungsrätlichen Vorlage befassen. Wenn bei der Behandlung im Kantonsparlament keine Verzögerung eintritt, so ist beabsichtigt, die Abstimmung am 4. März durchzuführen.

ZG: Zur Förderung des guten Jugendbuches

Im Zusammenhang mit dem «Jahr des Buches» werden vom Regierungsrat des Kantons Zug je 5000 Franken an die Jugendschriftenkommission des Kantons Zug, an die Schülerbibliothek der Kantonsschule, an die Schülerbibliothek der kantonalen Berufsschule, an die Jugendabteilung der Stadtbibliothek, an das Lehrerseminar St. Michael, Zug, an das Lehrerinnenseminar Bernarda, Menzingen, und an das Lehrerinnenseminar Heiligkreuz, Cham, ausgerichtet. Je 2500 Franken gelangen an das Institut Maria Opferung, Zug, und an die Internatsschule Walterswil, Baar, und 1000 Franken an die Waldschule Horbach, Zugerberg.

SO: Schulversuch Französischunterricht

Im erstmals erschienenen Informationsheft «Schulversuch Französischunterricht» nimmt der Versuchsleiter für den Kanton Solothurn, Rolf Wini-

ker, Stellung zu ersten, im Verlaufe von rund fünf Jahren gesammelten Erfahrungen mit dem Französischunterricht auf der Primarschulstufe. Die Frage, ob vom Versuchs- zum definitiven Betrieb übergegangen werden dürfe, könne noch nicht mit einem klaren Ja beantwortet werden, schreibt Winiiker, und er nennt als Gründe dafür, daß das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag trotz des guten Einsatzes der Lehrkräfte und guter Ergebnisse an verschiedenen Orten noch nicht optimal sei, die Lehrgänge, die zwar ihre Brauchbarkeit bewiesen hätten, aber für den relativ späten Beginn des Französischunterrichts in der Nordwestschweiz (vierte Klasse) ergänzt werden müßten. Schließlich hält der Versuchsleiter fest, die definitive Einführung des Französischunterrichts auf der Primarschulstufe dürfe nur in Koordination mit anderen Kantonen erfolgen, das sehr komplexe, arbeitsintensive Experiment leiste bereits heute dank der vorbildlichen Zusammenarbeit der beteiligten Kantone einen beachtlichen Beitrag für die innere Schulreform.

BL: Der Seminardirektor bleibt

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft hat Dr. Robert Schläpfer, den Direktor des Lehrerseminars, für eine weitere Amtsperiode von drei Jahren gewählt. Damit findet eine Kontroverse ihren Abschluß, die entstanden war, nachdem Schläpfer letztes Jahr seine Demission eingereicht hatte, da seine Anliegen, insbesondere eine Entlastung von administrativen Aufgaben und die Schaffung besserer räumlicher Verhältnisse, nur ungenügend berücksichtigt worden waren. Nunmehr ist eine Einigung zustande gekommen, die eine Weiterführung des Anstellungsverhältnisses ermöglicht. Schläpfer waren in der letzten Zeit zahlreiche Sympathiekundgebungen aus Eltern- und Schülerkreisen zugekommen.

SG: St. Gallen schafft Kindergartengesetz

Als erster Schweizer Kanton erläßt der Kanton St. Gallen ein eigentliches Kindergartengesetz; er unterstreicht damit die Bedeutung der Vorschul-erziehung für die Entwicklung des Kindes. Der Gesetzesentwurf schafft ein Recht auf Kindergartenbesuch, aber kein Kindergartenobligatorium. Art. 3 soll heißen: «Jedem Kind ist in jenem Jahr, vor dem es schulpflichtig wird, der unentgeltliche Besuch eines zuerkannten Kindergartens zu ermöglichen.» Es wird den Trägern der Kindergärten aber freigestellt, den Kindergartenbesuch auf zwei Jahre auszudehnen, erklärte Regierungsrat Ernst Rüesch an einer Pressekonferenz. Der Entwurf nimmt davon Abstand, das Kindergartenwesen zu verstaatlichen. Träger der Kindergärten können wie bisher juristische Personen des öffentlichen oder des privaten Rechtes sein,

sofern sie die gesetzlichen Bestimmungen erfüllen. Die Primarschulgemeinden werden lediglich dort verpflichtet, selber Kindergärten zu führen, wo keine anderen Trägerschaften vorhanden sind.

SG: Reform der Mittelschulen

Der Kanton St. Gallen wird ab Frühjahr 1973 die Reform der Primarlehrerausbildung und die Reform der Oberstufe der Gymnasien an den Kantonsschulen in Kraft setzen.

Die St.-Galler Primarlehrerausbildung soll von den seit 1904 geltenden vier Jahren auf fünf Jahre ausgedehnt werden. Diese Reform wird im kommenden Frühjahr erstmals am Seminar Rorschach für die neu eintretenden Schüler realisiert. Für die Seminarabteilungen der Kantonsschulen Sargans und Wattwil beginnt die fünfjährige Ausbildungszeit ab Frühjahr 1974. Damit soll die Lehrerausbildung vertieft, die Allgemein- von der Berufsbildung getrennt und die Reifephase des angehenden Lehrers verlängert werden.

An den drei Kantonsschulen St. Gallen, Sargans und Wattwil werden ab Schuljahr 1973/74 erstmals neue Stundentafeln und Lehrpläne in Kraft treten. Für die Gymnasiumstypen A, B und C bringt die Reform eine Differenzierung der Oberstufe. Typus E (Wirtschaftsgymnasium) wird den Bestimmungen für die eidgenössische Anerkennung angepaßt, und an der Diplomhandelsschule wird eine Wahlmöglichkeit in den berufsbildenden Fächern geschaffen: Die Schüler können sich nun wahlweise mehr für Sekretariatsarbeiten oder mehr für das Rechnungswesen ausbilden lassen.

AR: Neuer Leiter des Kinderdorfes Pestalozzi

Die Stiftung Kinderdorf Pestalozzi, Trogen, hat den 37jährigen Rektor der Gewerbeschule Rheinfelden AG, Traugott Hufschmid, anstelle des zum Delegierten des Bundesrates für Katastrophenhilfe gewählten Dr. h.c. Arthur Bill zum neuen Dorfleiter gewählt. Die Amtsübergabe ist für den 15. Juli vorgesehen.

AG: Zur Erhöhung der Schülerzahl

Der Beschluß des Regierungsrates und des Großen Rates, die Klassenbestände wegen Lehrermangels und aus finanziellen Erwägungen für zwei Jahre zu erhöhen, hat bei verschiedenen Schulpflegern des Kantons Protest ausgelöst. Unter anderem beschwert sich auch die Schulpflege Bremgarten in einem längeren Schreiben. Darin heißt es unter anderem abschließend: «Wenn es nicht mehr möglich sein sollte, für das kommende Jahr auf die bisherige Regelung zurückzukommen, erwarten wir zumindest flankierende Maßnahmen, die als Übergangslösung dienen und schlagen dafür konkret vor, daß die Er-

höhung der Schülerzahl bereits in einem Jahr wieder rückgängig gemacht wird. Es liegt daher sicher im Interesse der Schulgemeinden des ganzen Kantons, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, daß bei der Budgetdebatte im Jahre 1973 der gefaßte Beschluß auf Erhöhung der Schülerzahl rückgängig gemacht wird.»

VD: Mißlungenes Mitbestimmungs-Experiment?

Das Experiment einer Schüler-Mitbestimmung am Lausanner Progymnasium Elysée scheint zwischen der Lehrerschaft und der Waadtländer Erziehungsdirektion zunehmende Spannungen zu erzeugen. Die kantonalen Behörden wünschen zwar eine Fortführung der im Sommer 1972 bewilligten freien Fächerwahl, lehnen jedoch eine weitere Ausdehnung der versuchsweise aufgenommenen paritätischen Mitbestimmung ab. Dem Progymnasium war von den zuständigen Behörden die prinzipielle Zusicherung erteilt worden, während dreier Jahre den Unterricht nach eigenem Gutdünken zu gestalten.

Die Erziehungsdirektion wirft in einem Communiqué dem Lehrkörper vor, die Schulbehörden durch unabänderliche Entscheide vor vollendete Tatsachen gestellt zu haben. Stein des Anstoßes bilden die neun Fächerkommissionen, in denen je 40 Lehrer und Schüler bereits das Prinzip der paritätischen Mitbestimmung verwirklichten. Dadurch sei die Schule jedoch weit über die ursprünglich zugestandene freie Fächerwahl hinausgegangen.

NE: Erstmals über 1500 Hochschulstudenten

Die Universität Neuenburg zählt zum erstenmal seit ihrer Gründung über mehr als 1500 Studierende, d. h. genau 1521 Studenten haben sich für das Wintersemester 1972/73 immatrikuliert. Jeder dritte Hochschüler ist weiblichen Geschlechts (511), wobei die Mehrheit der Studentinnen an der Philosophischen Fakultät 1 studiert. Der Anteil der ausländischen Studenten am Gesamtbestand beträgt 26,6 Prozent.

**schweizer
schule**

**die fachzeitung
für den lehrer**